

Endlich Betreuung für alle Grundschul Kinder, Inklusion gesichert und KiföG wird nachgesteuert

Im Moment wird viel darüber diskutiert, zuletzt im Landtag, wie es mit der Kinderbetreuung insgesamt und mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) im Besonderen weitergeht. Die Opposition wirft uns vor, wir hätten unsere Position zum KiföG geändert. Das ist unzutreffend. Daher wollen wir Euch über die Veränderungen des KiföGs und wichtige Fortschritte in der Kinderbetreuung informieren:

Das Kinderförderungsgesetz wurde von der alten Landesregierung aus CDU und FDP im Sommer 2013 beschlossen und trat – nach viel Kritik und ersten Nachbesserungen durch Schwarz-Gelb zum 1.1.2014 in Kraft. Der neue Landtag konstituierte sich aber erst am 18. Januar. Damit war klar: Alle weiteren Verbesserungen des KiföG sind erst in einem neuen Gesetzesverfahren frühestens zum Sommer 2014 möglich. Daran arbeitet die neue, schwarz-grüne Landesregierung.

Grüne Kritik am ursprünglichen schwarz-gelben Entwurf

Aus Sicht der Grünen war der ursprüngliche Gesetzentwurf von CDU und FDP zu überarbeiten, da Qualitätseinbußen in der Kinderbetreuung zu befürchten waren, weil:

- Kein Wort zur Sicherstellung der Grundschul Kinderbetreuung gesagt wurde
- Keine Regelung zur Inklusion von behinderten Kindern in Kindertagesstätten die guten Standards sicherstellte
- Der 20%ige Einsatz von fachfremdem Personal ermöglicht wurde
- Die Gruppengröße bei Kindern unter drei Jahren auf bis zu 16 Kindern erhöht wurde
- Ein Konzept für kleine Einrichtungen in ländlichen Regionen nicht erkennbar war
- Familienfreundliche Regelungen bei den Öffnungszeiten gefährdet waren

CDU veränderte nach Protest KiföG in 3. Lesung

Der Druck von 140.000 protestierenden Menschen in Hessen gegen das KiföG war immens und von einem Teilerfolg gekrönt: Die CDU/FDP Landesregierung veränderte in der 3. Lesung die Regelungen zum Einsatz von fachfremdem Personal, begrenzte die Gruppengröße für kleine Kinder auf maximal 12 und erhöhte den Betreuungsmittelwert bei den Öffnungszeiten.

Verbliebene Grüne Forderungen

Weiterhin setzten wir uns für wichtige, notwendige und noch ausstehende Nachbesserungen beim KiföG ein und wollten auch mehr Fortschritte in der Kinderbetreuung erzielen. Im Einzelnen:

1. Wir wollen das Gesetz so überarbeiten, dass allen Kindern, behinderten wie nicht behinderten, die Teilhabe an frühkindlicher Bildung gewährleistet bleibt. Die Regelungen zur Inklusion müssen sich deshalb so verbessern, dass die Standards erhalten bleiben.
2. Damit allen Kindern weiterhin eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung angeboten werden kann, haben wir Grüne einen Betreuungsgipfel gefordert, damit die von vielen Eltern, Erzieherinnen und Erziehern und den Trägern von Kindertageseinrichtungen geäußerten Befürchtungen einer künftig sich verschlechternden Kinderbetreuung ernst genommen werden und man die Kinderbetreuung gemeinsam neu aufstellen kann.
3. Ein flächendeckender Ausbau der Grundschul Kinderbetreuung muss umgesetzt werden.

Grüne Verhandlungserfolge beim KiföG

1. Inklusion gesichert:

Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam aufwachsen können. Deshalb wird die neue Landesregierung die Finanzierung der Inklusion in den Kindertagesstätten auf Grundlage des Rahmenvertrages Integration sicherstellen und die Pauschalen im Gesetz dafür anheben. Damit sichern wir die bisherige Qualität bei der integrativen Betreuung und gewährleisten den Status Quo. Zusätzlich soll der Geltungsbereich der Rahmenvereinbarung auf Kinder unter drei Jahren erweitert werden.

2. Betreuungsgipfel in Form eines Runden Tisches:

Um den Worten auch Taten folgen zu lassen und Elternwünsche sowie die Sorgen der Erzieherinnen und Erzieher endlich ernst zu nehmen, wird in einem Betreuungsgipfel der „Runde Tisch Kinderbetreuung“ 2014 einberufen.

3. Qualitätsmonitoring:

Das KiföG wird während des Umsetzungsprozesses durch ein Qualitätsmonitoring begleitet um bei etwaigen Problemen in der Praxis nachzusteuern, damit z.B. auch kleine Einrichtungen – vor allem in ländlichen Regionen – erhalten bleiben können.

Übers KiföG hinaus: GRÜNE stehen für weitere Fortschritte in puncto Kinderbetreuung

1. Bildungs- und Betreuungsgarantie:

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen für alle Grundschul Kinder zukünftig ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von Montag bis Freitag von 7.30h bis 17.00 schaffen. Unter Einbeziehung der lokalen Bildungslandschaften wird das Land gemeinsam mit den Kommunen qualitativ hochwertige freiwillige Angebote schaffen, die für alle Eltern, die dies wünschen einen Platz für Ihr Kind bietet.

2. Die bedarfsgerechte Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder unter drei Jahre.

3. Ein Konzept zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften, um auch längerfristig die gute pädagogische Qualität in den Einrichtungen durch Fachkräfte sichern zu können (befristete Anhebung von Schulplätzen, Ausbau der Modelle der dualen Ausbildung etc.).

4. Die Erhöhung der Landesmittel für die Sprachförderung, damit gute Sprachförderangebote für alle Kinder zur Verfügung stehen.

5. Verbindliche Tandemvereinbarungen:

Für alle Kitas und Grundschulen sollen verbindliche Tandemvereinbarungen erreicht werden, damit für alle Kinder ein guter Übergang vom Kindergarten in die Grundschule gelingt.

Wir GRÜNE sind uns bewusst, dass mit diesen Vereinbarungen wichtige Erfolge erzielt, aber auch nur erste Schritte hin zu einer deutlich besseren Kinderbetreuung eingeleitet wurden. Die Ergebnisse sind nicht das Ende einer klugen Kinderbetreuungspolitik, sondern der Auftrag diese permanent weiter zu entwickeln. Dafür werden wir uns weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

KONTAKT

MARCUS BOCKLET, MdL

Sozialpolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de